

Nr. 18/687

Kinderrechte verfassungsrechtlich absichern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. März 2013
(Drucksache 18/803)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, eine Bundesratsinitiative für eine Ergänzung des Artikels 6 Grundgesetz zu ergreifen bzw. gegebenenfalls eine vergleichbare Initiative anderer Bundesländer zu unterstützen, die zum Ziel hat, das Recht eines jeden Kindes auf

- Förderung seiner Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit sowie auf den Schutz vor Gefährdungen seines Wohls,
- besondere Berücksichtigung des Kindeswohls bei allem staatlichen Handeln,
- Beachtung seines Willens entsprechend seinem Alter und seinem Reifegrad in allen es betreffenden Angelegenheiten

zu verankern.

Nr. 18/688

Leiharbeit verbieten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. März 2013
(Drucksache 18/825)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/689

Endlich bundesweit Alternativen zur Abschiebungshaft schaffen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. März 2013
(Drucksache 18/827)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. auf Landesebene durch einen entsprechenden Erlass die vorhandenen Handlungsspielräume bei der Gestaltung des Haftanordnungsverfahrens zugunsten der Abschiebungshäftlinge zu nutzen und zu gestalten. Insbesondere soll der Erlass für Haftanträge die folgenden Regelungen treffen:
 - a) bei Minderjährigen, Schwangeren, Alleinerziehenden, Eltern mit minderjährigen Kindern, traumatisierten und sonstigen psychisch kranken Personen, Menschen mit Behinderung und älteren Menschen ist von der Abschiebungshaft stets abzusehen; dies gilt auch dann, wenn die Abschiebungshaft zur Trennung einer Familie führt;
 - b) bei sich in Strafhaft befindlichen Menschen soll eine Abschiebung möglichst aus der Strafhaft oder unmittelbar im Anschluss an das Haftende erfolgen;

- c) den Ausländerbehörden wird aufgegeben, vor der Verhängung der Beantragung der Abschiebungshaft zunächst weniger einschneidende Alternativen, wie z. B. Meldepflichten oder die Stellung einer Kaution, anzuordnen;
 - d) die Hafthöchstdauer ist grundsätzlich auf einen Monat und bei der ersten Haftantragsstellung auf höchstens zwei Wochen zu begrenzen;
 - e) den Ausländerbehörden wird auferlegt, die Anzahl der gestellten Haftanträge und deren Entscheidung zu erfassen;
 - f) ein Qualitätsmanagement für die gestellten Haftanträge einzuführen.
2. sich auf Bundesebene für die Überprüfung der Notwendigkeiten des Instruments der Abschiebehaft einzusetzen und aktiv an der Entwicklung von Alternativen zur Abschiebehaft mitzuarbeiten.

Nr. 18/690

Einrichtung einer zentralen (Service-)Stelle für öffentliche Vergaben

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 14. März 2013

(Drucksache 18/828)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für die Bündelung der Vergaben öffentlicher Aufträge und die Einrichtung einer zentralen Servicestelle des Landes und der Stadt Bremen aus. Ziel ist es,
 - a) Transparenz und Rechtssicherheit öffentlicher Auftragsvergaben zu verbessern,
 - b) Verfahren und Formvorschriften zu vereinheitlichen, um insbesondere die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen zu erleichtern,
 - c) die Verfahrenskosten für Auftraggebende und -bietende zu verringern,
 - d) Kernkompetenzen im Bereich der öffentlichen Vergabe zu entwickeln und die Innovationsfähigkeit zu erhöhen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zu prüfen
 - a) in welchen Dienststellen und Gesellschaften des Landes und der Stadt öffentlich beauftragt wird,
 - b) wie die unterschiedlichen Vergabeverfahren und -formalitäten durch eine zentrale Vergabestelle vereinheitlicht und diese Stelle im Sinne der Verbesserung von Transparenz und Wettbewerb, einer Kostensenkung für alle Verfahrensbeteiligten sowie einer höheren Rechtssicherheit und verbesserter Kontrollen zu gestalten wäre,
 - c) wie zu gewährleisten wäre, dass die Verfahrensoptimierungen nicht die fachliche Qualität von Vergabeentscheidungen beeinträchtigen,
 - d) welche Erfahrungen zentraler Vergabestellen in anderen Bundesländern vorliegen,
 - e) wo eine zentrale Vergabestelle anzusiedeln, wie sie personell auszustatten und welche Umwidmungen innerhalb der Eckwerte der Ressorts zur Finanzierung empfehlenswert wären,
 - f) ob und wo innerhalb der bremischen Verwaltung oder der Gesellschaften es bereits Ansätze eines derartigen Service für öffentliche Vergaben gibt,
 - g) wie eine zentrale Kontrollstelle eingerichtet werden kann, die mit der zentralen Vergabestelle zusammenarbeitet, aber organisatorisch getrennt ist,
 - h) in welchem Zeitraum und gegebenenfalls in welchen Schritten die Neuordnung zu realisieren wäre.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, ihr innerhalb von vier Monaten nach Beschlussfassung die Ergebnisse seiner Prüfung einschließlich der personalwirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen detailliert darzulegen.

Nr. 18/691

Erfolg der Exzellenzinitiative gut nutzen!

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 2. April 2013
(Drucksache 18/842)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 15. April 2013

(Drucksache 18/853)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Unterstützung der Universität in der Exzellenzinitiative nicht zulasten der anderen Hochschulen im Land Bremen geht.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass von der Exzellenzförderung die gesamte Universität, auch die Lehre, profitiert und erwartet dafür eine regelmäßige Berichterstattung der Universität über die Umsetzung der im Exzellenzantrag formulierten Ziele.

Nr. 18/692

Geschlechterquote in Aufsichtsräten als Chance – Bundesregierung soll EU-Frauenquote in europäischen Unternehmen unterstützen

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 16. April 2013
(Drucksache 18/867)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Initiative der EU-Kommission, mit Hilfe einer verbindlichen Quotenvorgabe ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zumindest bei der Besetzung von nicht geschäftsführenden Direktorinnen und Direktoren bzw. Aufsichtsratsmitgliedern börsenorientierter Gesellschaften herzustellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die Einführung einer Geschlechterquote für Aufsichtsräte eine Chance für eine Änderung der Unternehmenskultur darstellt, auf Geschlechtergerechtigkeit im gesamten Wirtschaftsleben hinzuwirken.

Die Bürgerschaft (Landtag) verweist auf die Stellungnahme des Bundesrates (BR-Drs. 722/12 [Beschluss]), die darlegt, dass eine ausreichende Rechtsgrundlage zum Handeln auf europäischer Ebene besteht, und hebt hervor, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene ein staatliches Hinwirken zur Gleichstellung von Männern und Frauen erfordern.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der Bundesregierung, ihre Blockadehaltung auf europäischer Ebene aufzugeben, und die Einführung einer EU-weit geltenden Frauenquote in in Europa tätigen Unternehmen zu unterstützen.

Nr. 18/693

Für einen zukunftsgerichteten Finanzrahmen der Europäischen Union

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. März 2013
(Drucksache 18/813)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, sich bei den kommenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament dafür einzusetzen, den mehrjährigen Finanzrahmen im Sinne der Forderungen des Europäischen Parlaments anzupassen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene für einen Haushalt der EU einzusetzen, der den Notwendigkeiten sozialen und regionalen Zusammenhalts und der Zukunftsfähigkeit Europas gerecht wird.